

Verhandlungen über die Ostfragen.

Graf Czernin, der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern, hatte in Berlin längere Verhandlungen über die Ostfragen mit den maßgebenden deutschen Persönlichkeiten, darunter dem Reichskanzler, Grafen Hertling, und dem Staatssekretär des Aeußern Dr. v. Kühlmann. An den Beratungen nahmen auch Generalfeldmarschall von Hindenburg, der Erste Generalquartiermeister Ludendorff und der deutsche Botschafter in Wien Graf Wedel, teil. Der „Post. Ztg.“ wird hierüber mitgeteilt:

Die Beratungen umfassen neben den Fragen der allgemeinen Lage insbesondere auch das Gebiet der Ostfragen, worüber schon seit einiger Zeit zwischen den maßgebenden deutschen Stellen Erwägungen gepflogen worden sind. In diesem Zusammenhang scheint bei den jetzigen Besprechungen auch die polnische Königsfrage eine wichtige Rolle zu spielen, zumal man annehmen kann, daß der Regenthschaftsrat in Polen mit der Forderung aufzutreten wird, einen König wählen zu dürfen. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Lösung dieser Frage, wenn sie überhaupt im jetzigen Zeitpunkt erfolgt, auch weitere Entschliessungen über das Schicksal der anderen besetzten Gebiete im Osten mit sich bringen wird. Es muß weiter zunächst offen bleiben, in welcher Weise die angedeuteten Fragen gelöst werden sollen. Was Polen betrifft, so ist vor kurzem ein Wiener Gerücht durch die Blätter gegangen, wonach die Proklamation des Kaisers Karl zum König von Polen bevorstehe. Ein amtlicher Widerspruch ist bisher nicht erfolgt. Doch möchten wir nach wie vor annehmen, daß das Gerücht zum mindesten für den Augenblick ernsthafter Grundlagen entbehrt.

Graf Czernin speiste Montag abend beim österreichisch-ungarischen Botschafter Prinzen zu Hohenlohe-Schillingsfürst; mit ihm zugleich waren Generalfeldmarschall v. Hindenburg, General Ludendorff, der Reichskanzler Graf Hertling, die Staatssekretäre Dr. Helfferich und Dr. v. Kühlmann und Botschafter Graf Wedel geladen. Die Abreise des Grafen Czernin ist auf Mittwoch abend verschoben. Mittwoch vormittag wird der österreichisch-ungarische Minister von Kaiser Wilhelm empfangen und nachher zur kaiserlichen Frühstückstafel zugezogen werden.

Zu der Wiener Meldung, die von der angeblichen Absicht Kaiser Karls zu berichten wußte, sich die polnische Krone aufs Haupt zu setzen, bemerkt die „Post“:

Wir wissen nicht, ob zwischen dieser unkontrollierbaren Wiener Nachricht und dem Besuche des Grafen Czernin in Berlin und dem deutschen Kronrat irgendein greifbarer Zusammenhang besteht, und wir sind geneigt, die Unwahrscheinlichkeit solchen Zusammenhanges anzunehmen; denn sollten sich die „österreichischen Vorschläge“ auch nur ungefähr auf der angedeuteten Linie bewegen, und wären sie von den maßgebenden deutschen Stellen gebilligt worden, so würden wir vor einer grundsätzlichen und tiefeingreifenden Wandlung der deutschen Polenpolitik stehen, just am ersten Jahrestag der Errichtung des jungen Königreichs an unserer Ostgrenze. Bekanntlich konnte der Akt vom 5. November 1918, der die Errichtung eines unabhängigen polnischen Königreichs in die Wege leitete, nur unter der Voraussetzung zustandekommen, daß man von dem früheren, besonders im Lager der österreichischen Polen verfolgten Plan einer einseitigen Angliederung Kongreßpolens an das Habsburger Reich Abstand nahm und insbesondere auf eine Verschmelzung Galiziens mit dem Weichsellande verzichtete. Bei seiner sonst sehr ansehbaren Auffassung der polnischen Dinge hat der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg wenigstens den einen Gedanken richtig erfaßt, daß neben Oesterreich-Ungarn besonders das Deutsche Reich vollen Einfluß auf die Entwicklung der Dinge im Osten behalten müsse, wenn eine den deutschen Interessen und der natürlichen Lage entsprechende Lösung erzielt werden sollte. Deutschlands militärisch unhaltbare Ostgrenze und der Inbegriff seiner wirtschaftlichen Beziehungen zum Osten fordert an sich schon unbedingt eine ausreichende Wirksamkeit des deutschen Einflusses in den Gebieten, die vom russischen Reich losgelöst werden sollen, ganz abgesehen von der Tatsache, daß der deutsche Anteil an der Eroberung des Ostlandes ohne weiteres diese Forderung rechtfertigt. Und schließlich schien man ja auch in Oesterreich-Ungarn selbst von den Wünschen einer einseitig österreichisch-ungarischen Orientierung des polnischen Königreiches ganz abgesehen zu sein.

Bei dieser Sachlage müßte es vollkommen unerfindlich erscheinen, aus welchen Gründen man mit einmal eine Aenderung des erwähnten Grundgedankens der deutschen Polenpolitik vorgenommen werden sollte, umso mehr, als eine „Neuorientierung“ in der Polenfrage das Bundesverhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn für spätere Jahrzehnte sicherlich nicht erleichtern würde. Das Polentum, aus dessen Schoß schon bisher fortgesetzte Versuche unternommen wurden, Oesterreich-Ungarn gegen das Deutsche Reich auszuspielen, würde in Zukunft, je stärker es im Rahmen der habsburgischen Monarchie dastände, desto mehr dem Anreiz erliegen, das Schwergewicht der polnischen Kraft gegen das Deutsche Reich zu wenden; besonders drohte dann die alte polnische Forderung des Zuganges zur Ostsee in einer neuen Gestalt gefährlich zu werden.

Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir die amtliche deutsche Polenpolitik in weitestem Umfange mißbilligen und keinerlei Erfolge von ihr erwarten. Für so verständnislos aber wollen wir Ihre Väter doch nicht halten, daß wir annehmen könnten, sie seien geneigt, nun auch noch den einzigen richtigen Gedanken, der in ihrem System lag, preiszugeben.